

# Dresdner Volkszeitung

Postamt: Dresden  
Raben & Comp., Nr. 1208

Organ für das werktätige Volk

Postamt: Schöf. Postamt, Dresden,  
Post der Arbeiter, Angestellten  
und Beamten, K. O. Dresden,  
Gebäude Korbth, Dresden.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Bei Eintritt von Änderungen hinsichtlich des Ab- oder Aufhören der Redaktion, hat der Besitzer der Dresdner Volkszeitung, beim Abdruck auf Rückverlangen des Bezugsnehmers, über die Fortsetzung der Zeitung zu entscheiden.

Bezugspreis einschließlich Postzuschlag mit der nächsten Unter-  
nehmensbeilage: 1.00 M., wöchentlich 20 Pf., vierteljährlich 3.00 M., halbjährlich 5.50 M., jährlich 10.00 M.  
Telegraphisch: Dresdner Volkszeitung

Schiffverlag: Wettinerplatz 10, Fernsprecher Nr. 2591. Geschäfts-  
stunden von 10 bis 12 Uhr und 1 bis 3 Uhr.  
Schiffverlag: Wettinerplatz 10, Fernsprecher Nr. 2591 und 1377.  
Geschäftsstunden von 10 bis 12 Uhr und 1 bis 3 Uhr nachmittags.

Abdruckpreis: Grundpreis: die 30 mm breite Standardzei-  
tung 35 Pf., die 30 mm breite Standardzei- 200 Pf., für auswärtige  
Anzeigen 40 Pf. und 2.50 Pf. Familienanzeigen, Stellen- und Ver-  
suche 40 Pf. Rabatt für Kleinverträge 10 Pf.

Nr. 137

Dresden, Donnerstag den 14. Juni 1928

39. Jahrg.

## Die Annäherung der Geschlagenen

Die Volkspartei möchte am reaktionären Kurs festhalten!

Die Volkspartei teilt mit: „In der gemeinsamen Sitzung der Fraktionen der Deutschen Volkspartei des Reichstages und des Preussischen Landtages wurde nach eingehenden Referaten der Vorsitzenden Dr. Scholz und Dr. v. Campe und nach mehrstündiger Debatte vollkommene Einmütigkeit erzielt, daß aus staatspolitischen Gründen im Reich und in Preußen nur Regierungen, die von denselben Parteien getragen werden, und zwar gleichseitig in Frage kommen können. Im übrigen wurden die bisherigen Verhandlungen der Unterhändler gebilligt; insbesondere wurden die von ihnen erhobenen Forderungen für eine Beteiligung an einer Regierungsbildung stark unterstützt.“

Die in dem Kommuniqué der Volkspartei verzeichnete Forderung wurde am Mittwochabend in Verhandlungen zwischen Vertretern der Volkspartei und der Sozialdemokratie von einer ganzen Reihe anderer Probleme erörtert. Von sozialdemokratischer Seite wurde, schreibt dazu der Sozialdienst, darauf verwiesen, daß die Umbildung der preussischen Regierung vor allem Sache des preussischen Ministerpräsidenten und der preussischen Regierungsvorstände ist. Es ist anzunehmen, daß am Donnerstag vormittag zunächst eine Verständigung mit dem preussischen Ministerpräsidenten erfolgt. Voraussichtlich wird dann eine Verständigung zwischen weiteren Führern derjenigen Parteien stattfinden, die für die Bildung einer Regierung in Frage kommen. Im übrigen sind, wie in den Verhandlungen der Sozialdemokratie mit dem Zentrum, auch im Verlauf der Erörterungen mit der Volkspartei Beschlüsse nicht gefaßt worden.

Der obige Beschluß der Deutschen Volkspartei wird in der heutigen Morgenausgabe der „Täglichen Rundschau“ wie folgt kommentiert:

Die Deutsche Volkspartei betrachtet die Umbildung der preussischen Regierung nach dem Beispiel der im Reich angestrebten Regierungsbildung als eine Voraussetzung ihrer Teilnahme an einer Regierungsbildung im Reich mit Einschluss der Volkspartei nicht zustande kommen kann.

Im Kreise der Reichstagsfraktion herrscht ebenso wie im Kreise der Reichstagsfraktion vollkommene Übereinstimmung, daß die Regierungsbildung im Reich und in Preußen auf gleiche miteinander verbunden werden müssen. In dieser Forderung wird die Deutsche Volkspartei schärflich festhalten. In der preussischen Regierungsbildung besteht, wie man weiß, eine gewisse Abneigung gegen eine solche Umbildung der Regierung. Es ist deshalb anzunehmen, daß von preussischer Seite Einwendungen erhoben werden. Die Fraktion der Deutschen Volkspartei hält aber an ihrer Forderung fest und der Abgeordnete Hermann Müller wird die Verhandlungen mit dem preussischen Ministerpräsidenten fortsetzen. Eine weitere Verständigung zwischen ihm und den Reichstagsmitgliedern der Deutschen Volkspartei findet voraussichtlich heute vormittag statt.

Die sachlichen Voraussetzungen zur Teilnahme der Deutschen Volkspartei an einer Regierung beziehen sich im übrigen auf die Fragen der Reichswehr, der Steuern- und Wirtschaftspolitik und der Sozialpolitik.

Man kann als sicher annehmen, daß die Deutsche Volkspartei jede Änderung der bisherigen Reichspolitik mit aller Entschiedenheit ablehnt, daß sie die Durchführung einer ausserordentlichen Hilfsaktion für die Landwirtschaft unbedingt für nötig hält, in der Sozial- und Steuerpolitik momentlich die Rechte und die Forderungen des wirtschaftlichen Mittelstandes vertritt.

Die Volkspartei gehört zu denen, die am 20. Mai ge- schlagen wurden. Das sollten ihre Vertreter nicht vergessen, wenn sie sich an den Verhandlungstisch setzen. Bei der Haltung, die sie jetzt einnimmt, sollte auch den koalitions- freundlichen Sozialdemokraten ein Zusammengehen mit dieser Partei unmöglich erscheinen.

### Die Demagogie der Wirtschaftspartei

Die Reichstagsfraktion der Wirtschaftspartei beschloß am Donnerstag, sich keineswegs der verantwortlichen Beteiligung an einer Koalitionsregierung zu entziehen, sondern die Voraussetzungen erfüllt werden, die von der Wirtschaftspartei im Interesse des deutschen Volkes und des Mittelstandes gefordert werden müssen. Der Fraktionsvorsitzende wurde ermächtigt zu weiteren Verhandlungen ermächtigt.

Dieser Beschluß kommt keineswegs überraschend. Die Wirtschaftspartei weiß, daß sie auf die Dauer von Koalitionen allein nicht leben kann und ihre Wähler positive Leistungen verlangen. Aus diesem Grunde erhebt man sich zur Mitarbeit bereit, ohne den Beschluß leichtfertig zu meinen. Man tut so und ist in Wirklichkeit doch bestrebt, nach wie vor die Früchte einer unverantwortlichen Opposition einzubringen. Es ist eine latente demagogische Art, die hier getrieben wird.

### Voraussetzungen für Entscheidungen nicht gegeben...

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion trat am Mittwoch nach der Ausrufung zu einer Sitzung zusammen, in der über die am Dienstag mit den Vertretern der Zentrumsfraktion gepflogenen Verhandlungen

Bericht erstattet wurde. Beschlüsse wurden nicht gefaßt, da einseitigen die Voraussetzungen für Entscheidungen irgendwelcher Art nicht gegeben sind. Die sozialdemokratische Fraktion tritt am Donnerstag 13 Uhr wiederum zusammen.

### Liberale Annäherungen in Württemberg

Stuttgart, 13. Juni. (Exp. Tribüne.)

Der Landesvorsitzende der Demokratischen Partei Württembergs, Abg. Brudmann, Heilbronn, berichtet in einer demokratischen Parteiversammlung über die Regierungsbildung in Württemberg. Als ein erfreuliches Ergebnis der Verhandlungen bezeichnet er die zutage getretene politische Annäherung zwischen der Demokratischen Partei und der Deutschen Volkspartei auf der Basis gemeinsamer wirtschaftlicher und sozialer Aufgaben, aus denen sich eine Fraktionsgemeinschaft ergeben könnte. Von dem Ausgang der Verhandlungen, die zur Zeit in Berlin von den Zentrumsführern über die Politik im Reich und in Preußen geführt werden, würde auch die Entwicklung in Württemberg abhängen. Sie werde entweder die Große Koalition bringen, dann werde auch die Demokratische Partei mit in der Regierung sein. Oder sie bringe eine Lösung, die ihre Beteiligung ausschließt, dann werde sie bestrebt sein, die bürgerliche Mitte im demokratischen Sinne zu stärken.

Arbeits für den Reichstag. Aus Berlin wird gemeldet: Am dem feierlichen Gottesdienste, der aus Anlaß der Reichstags-

eröffnung im Dom (für die evangelischen Abgeordneten) stattfand, nahm Reichspräsident v. Hindenburg teil. — In der Schwurgerichtshalle fand ein feierliches Hochamt für die katholischen Reichstagsabgeordneten statt. Die katholischen Minister und Abgeordneten waren vollständig erschienen. Man sah u. a. Reichstagsminister Dr. Warg, Reichstagsminister a. D. Dr. Birck, Minister Dr. Brauns, Minister a. D. Dr. Stegerwald.

Die Kommunisten verließen sich mit dem Parlamentarismus. Die kommunistische Reichstagsfraktion hat am Mittwoch beschlossen, Anspruch auf das Amt des Reichspräsidenten zu erheben. Als Kandidat soll der Abgeordnete Gesecke in Vorschlag gebracht werden.

Fraktionszusammenschlüsse. Die Deutsche Bauernpartei, die Christlich-nationale Bauernpartei und die Volkspartei verhandeln zur Zeit über ihren Zusammenschluß zu einer Fraktionsgemeinschaft im Reichstag. Die Verhandlungen haben bisher noch zu keinem Ergebnis geführt.

Die Demokraten gegen Todesstrafe. Die demokratischen Reichstagsabgeordneten Oskar Meier und Frau Lüders haben mit Unterstützung der demokratischen Reichstagsfraktion einen Gesetzentwurf über die sofortige Abschaffung der Todesstrafe als Initiativantrag eingebracht.

Wetzlar verlagte als Propagandachef. Das Organ des Jungdeutschen Ordens stellt in seiner neuesten Ausgabe fest, daß Graf Wetzlar nicht länger Fraktionschef der Deutschnationalen bleiben werde. Die Nationalsozialisten in der deutschnationalen Reichstagsfraktion bezogen sich vor allem darauf, daß die beiden jüngeren Flügel einen Hauptgeschäftsführer als Propagandachef installieren wollen. Für diesen Posten käme der bisherige Propagandachef der Partei in Frage. Man habe die Erledigung dieses Punktes zurückgestellt, nachdem man sich in hundertfachen sehr kümmerlichen Auseinandersetzungen mit der deutschnationalen Reichstagsfraktion nicht habe einigen können.

## Eröffnung des Reichstages

Aus dem Reichstage wird uns geschrieben:

Der neue Reichstag hat sich dem Lande im Stille der ruhigen Bahnbewegung vorgestellt, die ihn schuf. Seine erste Sitzung ist brav und artig ohne jede Sensation verlaufen. Keine Partei, kein wilder Mann der Nationalsozialisten und kein stimmungsvoller Kommunist hat dem 82jährigen Alterspräsidenten, Genossen Wilhelm Vock, Gotha, die Geschäftsführung erklammert. In genau einer Stunde waren 462 Abgeordnete als anwesend festgestellt und damit die Beschlussfähigkeit des Hauses, ohne daß eine Fraktion schon Beschlüsse verlangt hätte.

Auch äußerlich bot sich kaum etwas Auffallendes. Nur wenige Tribünenbesucher dürften bemerkt haben, daß der immer wieder auf Erziehung der Abgeordneten zur freien Rede sinnende Paul Lobe das Rednerpult hat besetzt lassen. Die Oratoren des Reichstages sprechen jetzt hinter einem ebenen Tisch. Vielleicht doch ein Erziehungs- mittel von zweifelhafter Bedeutung, eine Benachteiligung der Mündigen und eine Bevorzugung der Weltfremden oder der Abgeordneten mit klarem Auge. Mancher parlamentarische Reuling aber dürfte sorgenvoll zur Rednertribüne emporgehüpft haben. Ob es ihm wohl gelingt, dort oben die Hilfsmittel eines sorgsam ausgearbeiteten Manuskripts zu benutzen?

Die Regierungsbank ist von Ministern verwaist. Nur einige Staatssekretäre und Geheimräte hüben die hinteren Bänke. Im Parkett der Abgeordneten sieht man die Reichsminister in Dimission: Sergi, Koch, Köhler, Brauns und den Reichskanzler Dr. Marx. Weit im Hintergrund sitzt das Häuflein der Nationalsozialisten. Ihre militärischer Führer Ritter v. Epp referanzisiert den Feind auf der sozialistischen Linken. Er läßt sich von einem Kollegen jeden bekannten Sozialdemokraten zeigen.

Punkt 3 Uhr erscheint hochaufgerichtet der Alterspräsident Wilhelm Vock auf dem Präsidentenstuhl. Mit der Sicherheit des erfahrenen Parlamentariers nimmt er das Wort. Er ist am 28. April 1846 geboren. Niemand im Hause macht ihm das Recht auf das Alterspräsidentamt streitig. Er beauftragt vier Schriftführer, darunter den Kommunisten Torgler. Nur zögernd und hochrot vor Verlegenheit steigt der Kommunist zur Präsidententribüne, und damit zum Hochsitz des „korrupten Parlamentarismus“ empor. Das Haus lacht erst und lacht dann verständnislos über den Weg des Kommunisten zur Sünde. Die Weiterkeit wird schallend, als der volksparteiliche Schriftführer Dr. Kunkel seinem kommunistischen Kollegen lebenswützig die Hand entgegenstreckt und der bolschewistische Weltrevolutionär kameradschaftlich in die des bürgerlichen Volksvertreters einschlägt.

Wilhelm Vock eröffnet mit einer kurzen, von innerer Bewegung erfüllten Ansprache. Er gedenkt warmherzig der Opfer des großen Freiheitskampfes in Bayern und stellt

das Beileid des Reichstages fest. Dann ruft er den Abgeordneten ins Gedächtnis, daß Millionen armer und ärmster Volksgenossen auf die Hilfe des Reichstages hoffen. Kriegsopfer, Witwen und Waisen, Sozialrentner, alleinrentner, Erwerbslose, das ganze ringende und forsende Volk richtet seine Blicke auf das Parlament. Zum ersten Male machen sich Nationalsozialisten und Kommunisten bemerkbar. Sie sind einzig in dem Zurufe: „Laßt alle Öffnung jähren!“ Wer würde dieser Selbstkritik zweier unfruchtbarer Parteien etwas hinzufügen wollen?

Nun folgt der Namensaufruf aller Abgeordneten. Auch das vollzieht sich in guten Parlamentsformen. Nur jetzt bedanken einzelne Kommunisten diesen oder jenen Abgeordneten mit schmeichelnden Beiwörtern. Einer von ihnen verwechselt den Arbeitsminister Brauns mit dem preussischen Ministerpräsidenten Brauns, Düsseldorf, und benennt diesen „Schlichtungswürger“. Dr. Birck ist „Wandatschieder“, Dr. Hilferding ist „Retter der Bourgeoisie“, Josefmann „Streikbrecher“, Dr. Koch von den Demokraten „breit am dem letzten Loch“, Hermann Müller wird „Geschäftsführer bei Silberberg u. Komp.“, Schiele war „Hungerminister“, der Volksparteiler Dr. Scholz wird als „Stahlhelmführer der neuen Koalition“ begrüßt, Severing ist „die große Hoffnung der Bourgeoisie“ und Solmann wird ermuntert „hin zu Jesus Christus“. So folgen die Kommunisten für Weiterkeit in der Art von Schimpfungen, die in eine neue Klasse eintreten. Als die Redner aufgerufen werden, leitet sich der Zufall einen Witz: Hugenberg und Köllner meiden sich gemeinsam.

Dann werden die schon vorliegenden Anträge verlesen. Als der kommunistische Antrag zeigt, daß die Kommunisten ihr Amnestiekompromiß mit Dr. Everling preisgeben und nun nicht mehr die Begnadigung der Bremerder verlangen und verteidigen, geht fröhliche Bewegung durch das Haus. Diese Bewegung verstärkt sich, als die Verlesung des deutschnationalen Antrages offenbart, daß die Herren im Westhof den Ausschluß der Landesverräter und der Verräter militärischer Geheimnisse fordern. So ist einseitig bis auf weiteres und freudig das deutschnationalistische kommunistische Amnestiegeschäft bankrott. Sie schrecken sich gegenseitig von der Amnestie aus, was nicht zu hindern braucht, daß sie sich bald wieder zusammensuchen. Hoffen wir, daß inzwischen eine Regierung unter einem sozialdemokratischen Reichskanzler eine republikanische und sozial verständige Amnestie zustande bringt.

Am Schluß will auch der Nationalsozialist Dr. Fried, dreist aber zu spät aufgestanden wie immer, noch einen Antrag einbringen. Man lacht ihn aus, hat aber gutmütig nichts dagegen, daß auch dieser Antrag am Donnerstag auf die Tagesordnung kommt.

Der Donnerstag wird nun die Wahl des Präsidiums bringen. Die ersten Gegenätze und Fraktionskämpfe werden ausfallen. Ein Tag der Normalität ist vorüber. Die parlamentarische Arbeit beginnt.